



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
04.08.2014

**Es reicht: Die Anwohner der Asylbewerber-Erstaufnahmeeinrichtung
in der Heidemannstraße brauchen Hilfe – und zwar schnell!**

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadt stellt dar, welche Maßnahmen sie zeitnah und mit welchem Mittelansatz umzusetzen beabsichtigt, um die allgemeine Sicherheitssituation in der Umgebung der zentralen Asylbewerber-Erstaufnahmeeinrichtung des Freistaats auf dem Gelände der früheren Bayernkaserne so rasch als möglich spürbar zu verbessern. An Einzelmaßnahmen ist dabei insbesondere zu denken an

- eine deutliche Erhöhung der Polizeipräsenz im gesamten betroffenen Viertel, vor allem aber in der Grünanlage zwischen Carl-Orff-Bogen und Fröttmaninger Heide, z.B. in Gestalt von vermehrten Fuß- und Fahrradstreifen;
- die Errichtung von Notrufstationen und die Verbesserung der Sichtverhältnisse im Park, z.B. durch das Ausschneiden von dichtem Gebüsch, das als Versteck für Übergriffe dienen kann, sowie durch Aufstellung zusätzlicher Parklaternen.

Über erreichte Fortschritte bei der Verbesserung der Situation rund um das Asylbewerberheim in der Heidemannstraße berichtet die Stadt dem Stadtrat und der Öffentlichkeit erstmals spätestens nach drei Monaten.

Sie legt dem Stadtrat darüber hinaus detailliert dar, mit welchem Mittelansatz an städtischen Geldern die genannten und ggf. weitere Maßnahmen unterfüttert werden.

Begründung:

Als Folge des ungebremsten Zuzugs von Asylbewerbern nach Deutschland wird die Situation in den betroffenen Kommunen, denen „Flüchtlinge“ zur Unterbringung zugewiesen werden, zunehmend prekär. Schon die Generierung immer neuen

b.w.

Wohnraums für immer neue „Flüchtlinge“ stellt die Gemeinden vor gravierende Probleme. Immer häufiger werden z.B. Turnhallen, Jugend- und Freizeitheime sowie andere öffentliche Einrichtungen als Asylantenunterkünfte zweckentfremdet.

Besonders betroffen ist – weil Sitz einer der beiden zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen des Freistaates – die Landeshauptstadt München. Die vor einigen Jahren mit erheblichen öffentlichen Mitteln eigens dafür modernisierten Gebäude in der früheren Bayernkaserne an der Heidemannstraße sind für die Unterbringung von rund 1400 Menschen ausgelegt. Tatsächlich ist die Münchner Erstaufnahmeeinrichtung derzeit mit knapp 2000 „Flüchtlingen“/Asylbewerbern drastisch überbelegt. Eine Entspannung der Situation ist nicht in Sicht. An einzelnen Tagen gelangen zwischen 150 und 200 Neuzugänge nach München.

Die damit einhergehenden Probleme sind erheblich und für die Wohnbevölkerung im Viertel nur noch schwer erträglich. Anwohner und betroffene Bürger klagen über vielfältige Belastungen, Ängste und Einbußen an Lebensqualität. Mittlerweile vergeht kaum mehr ein Tag, an dem es nicht zu Belästigungen kommt. Die nahegelegenen Geschäfte haben allesamt eigenes Security-Personal eingestellt, der Kinderspielplatz im Heidepark mußte geschlossen werden, weil er von den Bewohnern des Asylbewerberheims als Toilette mißbraucht wird. Frauen werden massiv belästigt, Kinder bedrängt und beschimpft, und Hausbesitzer in der Umgebung beschwerten sich über Müll, Kot und Urin. Nicht zuletzt Fragen um gesundheitliche Risiken und ansteckende Krankheiten treiben die Anwohner um. Immerhin mußte erst vor wenigen Wochen sogar der „Münchner Merkur“ vom sprunghaften Anstieg der TBC-Erkrankungen in der Asyl-Einrichtung berichten – auf besorgniserregende 110 Fälle im ersten Halbjahr 2014 (gegenüber bisher etwa 140 Fällen im ganzen Jahr; Quelle: <http://www.merkur-online.de/lokales/muenchen/stadt-muenchen/tbc-faelle-bayernkaserne-keine-gefahr-bevoelkerung-3690145.html>).

Die Probleme sind inzwischen so gravierend, daß zuletzt sogar der Bayerische Rundfunk berichten mußte und dabei Verständnis für die Nöte der Anwohner suggerierte (<http://www.br.de/mediathek/video/sendungen/abendschau/bayernkaserne-fluechtlinge-100.html>; Erstausstrahlung: 30.07.2014, 18.00 Uhr, Bayerisches Fernsehen; zuletzt aufgerufen: 04.07.2014, 0.42 Uhr; KR).

Auch mehrere Lokalzeitungen nahmen sich des Themas an, so die SZ am 01.08. (<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/bayernkaserne-reiter-fordert-mehr-unterkuenfte-fuer-fluechtlinge-1.2073268>) und die „Bild“-Zeitung unter der Überschrift „Brennpunkt Bayernkaserne“ (<http://www.bild.de/regional/muenchen/asyl/brennpunkt-bayernkaserne-polizeieinsaetze-haeufen-sich-37073374.bild.html>; beide zuletzt abgerufen: 04.08.2014, 1.08 Uhr; KR).

Eine erst letzte Woche eigens ins Leben gerufene Facebook-Gruppe unter dem Gruppen-Motto „Gegen das Asylheim München Heidemannstraße“ hatte am Freitag bereits über 1700 Mitglieder.

Die geplagten Bürger im Münchner Norden wußten sich zuletzt nicht mehr anders zu helfen, als eine Petition in Umlauf zu setzen, die von Betroffenen unterzeichnet und sodann der Stadtverwaltung übergeben werden soll. Auch dort finden sich z.T. bestürzende Schilderungen der Zustände rund um das Asylantenheim in der Heidemannstraße, die die Sorgen der Bürger, unter ihnen viele Familien mit Kindern, verständlich machen. Im Petitionstext heißt es wörtlich:

„Leider kommt es seit einiger Zeit immer wieder zu Verfehlungen und Straftaten durch die dort [im Asylantenheim in der Heidemannstraße; KR] untergebrachten Asylbewerber:

- Sexuelle Übergriffe auf Kinder, insbesondere durch Vorzeigen der Genitalien.*
- Sexuelle Belästigung von Frauen, auch durch Anwenden von körperlicher Gewalt.*
- Offener Rauschgiftkonsum auf der Wiese vor der Kasernenmauer und auf dem in der Nähe befindlichen Spielplatz.*
- Asylbewerberinnen bieten sich vor der Kaserne Passanten gegenüber als Prostituierte an.*
- Der Spielplatz Paracelsusstraße/Kollwitzstraße ist mittlerweile gesperrt, da dort Asylbewerber ihre Notdurft verrichten und dieser durch Kot, Scherben und sonstigen Müll extrem verunreinigt ist.*
- Diebstähle von Rädern und Kinderwägen häufen sich, teilweise werden diese bei den Asylbewerbern wiedergefunden.*

Jeden Tag ist es notwendig, zum Schutz der umliegenden Anwohner Polizeistreifen zu Hilfe zu holen. Die Beamten sind mittlerweile frustriert, da sie gegen die Vielzahl der Delikte und Übergriffe machtlos sind.

Durch die geschilderte Situation ist die öffentliche Sicherheit und Ordnung in unserem Stadtviertel nicht mehr gewährleistet. Dies ist ein unzumutbarer Zustand für alle Anwohner.

Dieser Zustand muss schnellstens beseitigt werden, bevor noch Schlimmeres passiert und noch mehr Personen Schaden erleiden. Dies ist die originäre Aufgabe der Stadtverwaltung und der bayerischen Landesregierung.“ (Kursivsetzung: KR)

Dem ist wenig hinzuzufügen – außer dem Hinweis, daß sich inzwischen an vielen Orten in der Bundesrepublik infolge der anhaltenden Massenzuwanderung chronische Unruhe unter der ansässigen Bevölkerung eingestellt hat. Nur stellvertretend muß an die monatelange Besetzung des Berliner Oranienplatzes durch renitente Asylbewerber und die anhaltenden Unruhen im Berliner Stadtteil Hellersdorf im Vorfeld der Eröffnung einer Asylanten-Unterkunft für mehrere hundert „Flüchtlinge“ erinnert werden, die vor Jahresfrist für Schlagzeilen sorgte. Der Landeshauptstadt München sollte tunlichst daran gelegen sein, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf eine spürbare Entlastung der betroffenen Anwohner im Norden der Stadt hinzuwirken, um eine ähnliche Entwicklung noch zu verhindern.

Das Anliegen, über die von der Stadt ergriffenen Einzelmaßnahmen und die angesetzten Finanzmittel fortlaufend und transparent informiert zu werden, ist nur recht und billig. Die Münchner Bürgerinnen und Bürger dürfen als Steuerzahler von ihrer Kommune erwarten, daß ihnen diese gerade bei einem sensiblen und außerordentlich kostenintensiven Thema wie der Asyl- und Zuwanderungsproblematik detailliert darüber Rechenschaft ablegt, wie die Stadt mit unser aller Geld konkret für mehr Sicherheit und Lebensqualität sorgt.

Auch ein Besuch des Münchner Polizeipräsidenten im betroffenen Stadtviertel sowie ein persönlicher Augenschein, verbunden mit einem konstruktiven Meinungs-austausch mit

den Bürgerinnen und Bürgern rund um die Asylantenunterkunft, wäre zweifellos zweckdienlich und ließe sich als Absichtserklärung der Münchner Polizei verstehen, ihrerseits konkret an einer für alle spürbaren Verbesserung der Situation mitzuwirken.

Der Schutz von Leben, Eigentum und Gesundheit der Bürger - nach außen wie nach innen - ist eine Primäraufgabe der Politik. Jede politische Ordnung kann Legitimität nur insoweit für sich beanspruchen, als sie dieser Primärverpflichtung den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber nachkommt. Versagt sie in der Gewährleistung fundamentaler Sicherheiten wie etwa beim Schutz vor Kriminalität, so kommt dies einer Bankrotterklärung gleich. Die Stadt sollte es in München nicht so weit kommen lassen.



Karl Richter
Stadtrat